

## Zusammenfassung der 2. Bildungskonferenz Magdeburg 20.05.2017

### Situation 2017:

- Es gab keine Bildungskonferenz 2012
- Die Anrechnungsstunden wurden weiter gekürzt
- Die Schülerzahl ist immens gestiegen
- Die Lehrerzahl ist stetig gesunken
- Der Lehrerwochenstundenbedarf pro Schüler wurde von 1,2 auf 1,1 mit dem Unterrichtsorganisationserlass zum 01.06.2017 (künstlich) heruntergerechnet
- Schulsozialarbeit wurde erneut nur EU-gefördert und als Projekt bis 2020 limitiert
- Es gab eine parteiübergreifende Übereinstimmung, dass an Grundschulen durchschnittlich nur 22 Kinder pro Klasse eingeschult werden sollten

Auf Beschluss des Stadtrates sollte die Bildungskonferenz zum Thema Schulentwicklungsplanung stattfinden.

Die 2. Bildungskonferenz fand am 20.05.2017 von 9 bis 12 Uhr (ursprünglich bis 15.30 Uhr, wurde jedoch zugunsten eines FCM-Spieles gekürzt) mit Oberbürgermeister, Bildungsminister, Stadträten aller Parteien, Bildungsausschussmitgliedern, Beigeordnetem für Bildung und Sport, Schulleitern, Hortleitern, Elternvertretern, Stadtälternrat, Schulamt statt.

Es wurden 4 Referate zum Schwerpunktthema Schule gehalten.

Es wurde eine Unterstützung durch das Land gefordert, um die Neubauten stemmen zu können, die notwendig sind.

Es wurde als sehr hinderlich festgestellt, dass die Flüchtlingskinder so eingeschult werden wie sie eintreffen. Statt dessen wäre eine Einschulung verteilt auf ein oder zwei Termine im Jahr sinnvoller. Auf diese Weise wird der so schon rare wirkliche Unterricht für alle Schüler der Klasse massiv gehemmt.

In der berufsbildenden Schule „Beims“ gibt es eine hohe Anzahl an unbegleiteten Jugendlichen mit Migrationshintergrund (253 von 292 Schülern sind Migranten aus 41 Nationen), die mitten im Schuljahr (teilweise 3 bis 8 Schüler in der Woche) vom Landesschulamt zugewiesen werden. Normalerweise sollten im Berufsvorbereitungsjahr pro Klasse nicht mehr als 12 Schüler sein, da hauptsächlich Werkstattarbeit stattfindet. Im Moment sind 25 Schüler in einer Klasse.

Eine Schulzuweisung am Anfang des Schuljahres würde eine regelmäßige Beschulung ermöglichen, aktuell erreichen nur 50% den Hauptschulabschluss.

In der Grundschule „Am Umfassungsweg“ gibt es einen sozialen Brennpunkt durch die Konzentration von rumänischen Migranten im Stadtteil Nord. Deshalb wäre hier eine Zuteilung durch die Stadt notwendig: hier sollen 65% Migranten in 35% Deutsche Schüler integriert werden. Die effizienzsteigernde Maßnahme des

Unterrichtsorganisationserlasses vom 01.06.2017 wirkt sich an dieser Schule so aus, dass 35 Schüler mehr in die Klassen kommen und 2 Lehrer gehen werden.

Konzepte zerbrechen an fehlenden Lehrern.

Es gibt zu wenig bis gar keine Schulpsychologen an den Schulen (die nicht notwendig wären, wenn es ein besseres Betreuungsverhältnis geben würde).

Schulsozialarbeit sollte im Schulgesetz verankert werden und nicht auf Förderzeiträume der EU (5 Jahre) beschränkt werden. Auslauf des 2. Förderzeitraumes ist 2020.

Das Jugendamt stellte vor, dass z.Z. 700 Ordnungsverfahren wegen Schulverweigerern laufen.

Ein Geburtenanstieg und hohe Zahl an Flüchtlingskindern wurde festgestellt. 2010 wurde von einer Einwohnerprognose ausgegangen, die weniger als 200.000 Magdeburger voraussagte. 2017 sind wir über 240.000 Einwohner in Magdeburg.

In der Grundschule „Am Hopfengarten“ waren es 2010 noch 149 Kinder. Jetzt sind es 211 Kinder. Die Schule wurde saniert und ist ausgelegt für 160 Kinder. Dabei sind 3 Klassenräume 55 m<sup>2</sup> groß, welche gleichzeitig als Unterrichts- und Hortraum benutzt werden müssen (jeweils 26 Kinder und 1 Lehrer). Das bedeutet: kein Lehrertisch, Schulmappen stehen im Flur, der Brandschutz wird nicht gewährleistet, es gibt keinen Fluchtweg. Wie soll man Werkunterricht mit 26 Schülern in einem engen Werkraum mit 10 Werkbänken und einem Lehrer praktizieren?

Seit 2015 gibt es dringend benötigte Beschlüsse für Neubauten an Schulen, aber es scheitert bis heute an der Umsetzung.

Es gab keine Beschlüsse der Bildungskonferenz und keinen Ausblick.

### **Fazit:**

Es ist schlimmer geworden, obwohl die Situation in den Schulen vor 7 Jahren bekannt war.

Seit spätestens 2010 wurde festgehalten, dass Integration und Inklusion Rahmenbedingungen brauchen, die diese Verlagerung von individuellem Förderbedarf in die Schulen überhaupt ermöglicht.

Trotzdem wird für 2017 konstatiert, dass wir mittlerweile sowohl keine wirkliche Integration und Inklusion haben, sondern noch viel fundamentalere Probleme – die massive Verschlechterung der Grundkenntnisvermittlung – was nicht mehr „nur“ die sozial benachteiligten Kinder betrifft.